

7. Humanitäre Hilfe für Kinder

Dringliches Postulat Christa Stünzi (GLP, Horgen), Markus Schaaf (EVP, Zell), Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur) vom 10. November 2025

KR-Nr. 358/2025, Entgegennahme, materielle Behandlung (gemeinsame Beratung mit KR-Nr. 357/2025)

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat 358/2025 entgegenzunehmen. Das dringliche Postulat 357/2025 beantragt Regierungsrat, nicht zu überweisen. Wird ein Ablehnungsantrag zum Postulat 358/2025 gestellt? Das ist der Fall.

Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.): Wir stellen den Ablehnungsantrag zu diesem Postulat. Danke.

Ratspräsident Beat Habegger: Marc Bochsler beantragt die Nichtüberweisung. Wir führen in dem Fall, wie zu Beginn der Sitzung beschlossen, eine gemeinsame Beratung der Geschäfte durch. Ich gebe jetzt das Wort zuerst der Erstunterzeichnerin (von KR-Nr. 358/2025) Christa Stünzi und dann dem Erstunterzeichner (von KR-Nr. 357/2025) Alan Sangines.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): «Auch in dunklen Zeiten sollten wir die langfristige Hoffnung pflegen.» Das Jahr ist wenige Tage alt und es zeigt sich, dass die Aussage, die ich im letzten Jahr getätigt habe, leider zutrifft. Die Krisen und Kriege, die unsere Welt erschüttern, wurden nicht weniger, und es wird auch in Zukunft leider wahrscheinlich so weitergehen. Wir sind der Meinung, dass der Kanton Zürich hier seine Verantwortung tragen muss. Wir leben auf dieser Welt und sollten unseren Beitrag leisten und hier für langfristige Lösungen einen Beitrag leisten. Der Regierungsrat ist unserer Meinung und bereit, unser Postulat entgegenzunehmen, das hat uns sehr gefreut. Wir alle wissen, dass Kinder jene sind, die am meisten leiden in Krisen und Kriegen. In der Budgetberatung haben wir gehört, dass es unserem Kanton gut geht. Entsprechend ist es unsere ethische Verpflichtung, hier auch einen Beitrag zu leisten, um das Leid auf der Welt vielleicht ein bisschen zu lindern. Es ist uns bewusst, dass wir hier nicht das Leid komplett verhindern können, aber vielleicht ein wenig im Alltag eines oder auch mehrerer Kinder. Das Ganze können wir sogar noch saldoneutral tun, weil wir den Gemeinnützigen Fonds dazu nutzen wollen. Und ich schaue nun, liebe FDP und SVP, besonders auf Ihre Seite: Sie sagen, man soll vor Ort helfen, Sie sagen, die Konflikte sollen nicht zu uns kommen. Dann wäre es aber wichtig, dass man dort, wo man kann, eben Hilfe leistet. Hilfe ist nichts, das man gibt, mit dem man auch eine Erwartung verknüpft. Man gibt sie, wenn sie gebraucht wird. Man ist da, wenn man kann. Hilfe leistet man, wenn man sie eben leisten kann. Wir können, lassen Sie es uns auch tun.

Es ist aber auch wichtig, dass man Hilfe leistet, ohne eigennützig zu sein, und das grosse Ganze nicht aus den Augen verliert. Das bringt mich zu meinen Kolleginnen und Kollegen der Ratslinken: Es ist wichtig, dass wir die Unterstützung langfristig angehen und nicht einfach jene Konflikte herauspicken, die gerade in den Medien sind oder wo wir vielleicht sogar persönlich jemanden kennen. Es ist wichtig, dass wir unabhängig von Einzellösungen hier helfen. Eine langfristige, abgesicherte Lösung soll es sein, das war unsere Idee. Da wir eine langfristige und keine Einzellösung wollen, werden wir das Postulat der SP nicht unterstützen. Wichtig ist uns, dass der Kanton Zürich hier nichts Neues erfinden muss. Er soll sich an den Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes orientieren. Damit kann auch die Vorlage schnell ausformuliert werden. Und es ist wichtig, dass hier schnell agiert wird. Die Lösung soll nicht übers Knie gebrochen werden, denn sie soll nachhaltig und langfristig sein. Und trotzdem wollen wir es nicht auf die langfristige Bank schieben. Unser Postulat greift genau diese Punkte auf. Ich hoffe, Sie unterstützen uns. Und vielleicht können wir hier einen kleinen Beitrag leisten, der unserem Kanton entspricht.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Wir alle kennen die dramatischen Bilder aus dem Gazastreifen und wir alle wissen, wie emotional und unversöhnlich die Diskussion um diesen Krieg geführt wird. Die Schweiz hat als neutrales Land mit ihrer humanitären Tradition immer wieder gezeigt, welche Rolle sie in solchen Konflikten einnehmen kann. Dazu gehört vor allem humanitäre Hilfe. Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt mit einer exzellenten Gesundheitsversorgung und Infrastruktur, um die wir beneidet werden. Der Gaza-Krieg hat zehntausende Opfer gefordert, darunter tausende schwerverletzte Personen, die medizinisch nicht behandelt werden können. Denn im Gazastreifen ist das Gesundheitssystem praktisch vollständig kollabiert, 96 Prozent der Gesundheitseinrichtungen sind beschädigt oder zerstört. Vor diesem Hintergrund war es folgerichtig, dass der Bundesrat, notabene bestehend aus einer SVP- und FDP-Mehrheit, entschieden hat, im Sinne der humanitären Tradition 20 schwerverletzte Kinder aus Gaza zur Behandlung in die Schweiz zu holen. Dies haben auch andere Länder getan, Norwegen, Belgien, Spanien, Katar, Irland und sogar die rechtsnationale Regierung von Italien.

Während mehrere Kantone sich an dieser humanitären Tradition beteiligten, verweigerte sich der Regierungsrat des Kantons Zürichs schnöde. Dagegen regte sich Widerstand in der Bevölkerung. Eine Petition zur Aufnahme verletzter Kinder aus Gaza zur medizinischen Behandlung auch in Zürich wurde in kürzester Zeit von über 42'000 Menschen unterzeichnet. Doch der Regierungsrat hatte kein Gehör für die Bevölkerung, zeigte sich weiterhin unsolidarisch und meinte stattdessen, man könne mit Hilfe vor Ort einem deutlich grösseren Personenkreis helfen. Auch die SVP und die FDP verwiesen in ihren Medienmitteilungen auf humanitäre Hilfe vor Ort. Auch wenn wir diesen Entscheid nicht teilen, geht es uns heute darum, einen gemeinsamen Nenner zu finden, und dieser gemeinsame Nenner ist klar Hilfe vor Ort. Die WHO (*Weltgesundheitsorganisation*) führt eine Liste von 4000 verletzten oder schwer erkrankten Kindern, die dringend medizinische Hilfe

benötigen. Diese Zahl ist keine politische Schätzung, sondern das Resultat medizinischer Triage. Es geht um Kinder mit schweren Kriegsverletzungen, Verbrennungen, Amputationen, Nierenversagen und komplizierten Infektionen. Entsprechend fordert unser Postulat, dass der Regierungsrat 1 Million Franken für humanitäre Soforthilfe zur Behandlung verletzter Kinder aus Gaza spricht. Selbstverständlich ist uns wichtig, dass die finanziellen Mittel zielgerichtet ankommen. Teilweise wurde die Sorge geäussert, dass die Gelder im Gazastreifen von der Hamas veruntreut werden könnten. Und auch hier war es uns wichtig, einen gemeinsamen Nenner zu finden, was wir auch getan haben auf Anregung der EVP hin. Deshalb ist es kreuzfalsch, wenn man von einem Missverständnis spricht, dass die EVP mitunterzeichnet hat (*Anspielung auf einen Medienbericht*). Wir haben hier verhandelt und das Wording gefunden. Deshalb fordert das Postulat explizit, dass die Mittel für jene Kinder eingesetzt werden, die sich bereits in Nachbarstaaten aufhalten und dort auf medizinische Behandlung warten – über vertrauenswürdige Organisationen. So kann sichergestellt werden, dass die Gelder nachweislich zum Zweck der Behandlung dieser Kinder eingesetzt werden, gerade auch für Kinder, die zu schwer verletzt sind oder zu schwer erkrankt sind, um in weit entfernte Länder zur Behandlung transportiert zu werden. Die WHO (*Weltgesundheitsorganisation*) und Organisationen wie «Ärzte ohne Grenzen» halten fest, dass viele Kinder für eine längere Evakuierung zu instabil sind. Sie befinden sich heute in Nachbarstaaten wie Ägypten oder Jordanien und warten dort auf Operationen, Heilbehandlungen, Intensivpflege und Rehabilitation. So kann man diesen Menschen vor Ort helfen, so wie dies der Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien gefordert haben.

Auf Hilfe vor Ort zu verweisen, ist rasch getan. Aber dann muss sich der Kanton Zürich auch fragen, was er konkret dazu beiträgt. Zürich ist der bevölkerungsreichste, wirtschaftsstärkste und finanzkräftigste Kanton der Schweiz. Wer unter diesen Voraussetzungen erklärt, man beteilige sich im Gegensatz zu kleineren Kantonen nicht an der Aufnahme von Kindern, trägt eine besondere Verantwortung, und diese Verantwortung ist, Alternativen auch wirksam zu finanzieren. 1 Million Franken ist für den Kanton Zürich finanziell tragbar, für die betroffenen Kinder ist er lebensentscheidend. Mit diesem Geld können vor Ort direkte, mehr lebensrettende Behandlungen durchgeführt werden. Es geht nicht um abstrakte Hilfe, sondern um konkrete Behandlungen mit messbarer Wirkung. Und auch hier gleich an die Mitte, EVP und GLP: Wir unterstützen euren Vorstoss zur langfristigen Erhöhung kantonaler Beiträge für Kinder aus Krisenregionen. Aber wir alle wissen, dass die Umsetzung Jahre dauern wird, weil es eine regierungsrätliche Vorlage braucht, die danach im Kantonsrat behandelt werden muss. Unser Postulat entscheidet sich nicht in der Zielsetzung von eurem, sondern im Zeithorizont. Es könnte bereits kurz nach der Überweisung umgesetzt werden, so wie der Regierungsrat im Dezember rasch eine halbe Million Franken für humanitäre Hilfe im Sudan sprechen konnte.

Die beiden Vorstösse widersprechen sich daher nicht, im Gegenteil: Euer Vorstoss ist langfristig angelegt und wichtig, unser Postulat ermöglicht sofortige Hilfe dort, wo sie jetzt dringend benötigt wird. Beides geht Hand in Hand. Als ihr die

Dringlichkeit eures Vorstosses begründet habt, GLP und Mitte und EVP, habt ihr festgehalten, dass die Hilfe vor Ort jetzt benötigt wird und dass insbesondere Kinder am meisten in Konfliktsituationen leiden, das hat Christa Stünzi heute wieder gesagt. Genau diese Dringlichkeit gilt auch für die verletzten Kinder aus Gaza. Die WHO warnt ausdrücklich davor, dass jede Verzögerung in der medizinischen Versorgung das Risiko von dauerhaften Beeinträchtigungen oder Todesfällen massiv erhöht, insbesondere bei Kindern. «Ärzte ohne Grenzen» haben dokumentiert, dass mindestens 137 Kinder gestorben sind, während sie auf medizinische Behandlung gewartet haben. Christa Stünzi hat vorhin gesagt «Hilfe leisten, wenn man Hilfe leisten kann», hier kann man es. Dieses Postulat ist deshalb dringlich, sachlich begründet und politisch konsequent. Es widerspricht dem Regierungsrat und den bürgerlichen Parteien nicht, es nimmt sie beim Wort. Und deshalb danke ich auch vor allem Hans Egli, der das Postulat mitunterzeichnet hat. Wer Hilfe vor Ort als wirksam bezeichnet, muss bereit sein, sie auch angemessen zu finanzieren. Der Kanton Zürich kann das, der Kanton Zürich soll das und angesichts der WHO-Fakten und des unermesslichen Leids dieser Kinder gibt es keinen sachlichen Grund, es nicht zu tun. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen.

Marc Bochslers (SVP, Wettswil a. A.): Die SVP-Fraktion lehnt beide heute gemeinsam behandelten Postulate aus grundsätzlich-staatpolitischen Gründen ab. Internationale humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit liegen klar in der Zuständigkeit des Bundes. Die Schweiz engagiert sich bereits heute mit Milliardenbeträgen über die bewährten Strukturen des Bundes, insbesondere über die DEZA (*Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit*), welche Koordination, Wirkungskontrolle und Aufsicht sicherstellt. Der Kanton Zürich ist weder zuständig noch geeignet, parallel dazu eigene, dauerhafte Auslandshilfen aufzubauen. Solche Parallelstrukturen schwächen die klare Kompetenzordnung und führen zu neuen Abgrenzungs-, Kontroll- und Verantwortungsfragen.

Das Postulat 358/2025 verlangt die jährlich wiederkehrende Zahlung von 5 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Wir lehnen dies ab. Dauerhafte Auslandszahlungen des Kantons werfen grundlegende Fragen zur gesetzlichen Grundlage auf. Die Kontrolle der Mittelverwendung im Ausland kann auf der Kantonsebene nicht verlässlich gewährleistet werden. Der Regierungsrat verfügt bereits heute über die notwendigen Kompetenzen, humanitäre Anliegen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Instrumente zu berücksichtigen und auch umzusetzen. Er nimmt diese Verantwortung auch wahr. Ein zusätzliches Postulat schafft keinen Mehrwert, sondern führt zu Doppelspurigkeit und unnötigen Parallelstrukturen.

Auch das Postulat 357/2025 lehnen wir ab, aus denselben Gründen: Die Lage in Gaza ist hochkomplex, politisch sensibel und in vielen Teilen undurchsichtig. Zusätzliche kantonale Zahlungen würden keine bessere Hilfe garantieren, sondern neue Risiken schaffen, insbesondere im Bereich Transparenz und Mittelverwendung, wie jüngst internationale Ermittlungen auch gezeigt haben. Solche Risiken können sinnvoll nur auf Bundesebene beurteilt und auch verantwortet werden.

Der Regierungsrat hat hierzu bereits klar Stellung genommen und konsequenterweise beantragt, dieses dringliche Postulat abzulehnen.

Die SVP/EDU-Fraktion steht zur humanitären Verantwortung der Schweiz, aber wir stehen ebenso klar zu klaren Aufgabenverteilungen, zur finanzpolitischen Verantwortung und zu wirksamer, kontrollierbarer Hilfe. Humanitäre Hilfe im Ausland ist Aufgabe des Bundes und nicht des Kantons Zürich. Aus diesen Gründen lehnen wir sowohl das Postulat 357/2025 als auch das Postulat 358/2025 ab. Vielen Dank.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Zunächst möchte ich festhalten, dass wir anerkennen, dass es insbesondere in der heutigen Zeit viele schlimme humanitäre Krisen gibt und sich weitere unweigerlich auch entwickeln werden. Und schlussendlich sind es immer auch Kinder, die am meisten darunter leiden. Wir anerkennen auch, dass die Schweiz – und insbesondere auch die Schweiz – humanitäre Hilfe im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit leisten sollte.

Nun zum Postulat 357/2025, dem Postulat «Humanitäre Soforthilfe zur Behandlung von verletzten Kindern aus Gaza»: Die FDP-Fraktion stützt den Regierungsrat, dass er auf eine Beteiligung an der vom Bund geplanten Aufnahme verletzter Kinder und zusätzlicher Begleitpersonen aus dem Gazastreifen verzichtet. Dies erfolgt insbesondere wegen erheblicher Sicherheitsbedenken sowie einer finanziellen Belastung für das kantonale Gesundheits- und Sozialsystem. Gleichzeitig hat sich der Regierungsrat dafür ausgesprochen, die verfügbaren Bundesmittel – ich betone: Bundesmittel – für Hilfeleistungen vor Ort einzusetzen, wodurch einem deutlich grösseren Personenkreis geholfen werden könnte, was ebenfalls zu begrüßen ist. Eine zusätzliche finanzielle Beteiligung des Kantons wurde vom Regierungsrat verworfen, dies lehnt auch die FDP-Fraktion ab. Im Grundsatz – es wurde bereits gesagt – ist humanitäre Hilfe, internationale Entwicklungszusammenarbeit eben eine Bundessache und keine kantonale Angelegenheit.

Dann zum zweiten Postulat 358/2025, «Humanitäre Hilfe für Kinder»: Die FDP-Fraktion hat sich eingehend damit befasst. Es sprechen Gründe für eine Überweisung und es sprechen Gründe für eine Ablehnung. Für eine Überweisung spricht, dass die Regierung das dringliche Postulat auch als Anlass nehmen möchte, wie in der bestehenden Entwicklungshilfe bessere Prioritäten gesetzt werden können, auch im Hinblick auf die aktuelle Weltlage. Er will gemäss seiner Antwort keinen zwingenden Ausbau. Über eine periodische Überprüfung, so wie es der Regierungsrat vorschlägt, und eine allfällige Repriorisierung der bereits geleisteten und zu leistenden Entwicklungshilfe, darüber kann man diskutieren. Es gibt aber auch wichtige Gründe für eine Nichtüberweisung. Ich habe es erwähnt, internationale Entwicklungshilfe ist eben keine kantonale Angelegenheit, sondern eine Bundesangelegenheit, auch wenn der Regierungsrat dies bereits mit entsprechend 10 Millionen Schweizer Franken tut. Zudem möchte das dringliche Postulat nicht nur eine Auslegeordnung und eine Priorisierung oder eben eine Repriorisierung, sondern einen Ausbau um 5 Millionen Schweizer Franken. Diesen Ausbau sowie den nicht eingehaltenen Grundsatz, dass humanitäre Entwicklungshilfe eine Bundes-

angelegenheit ist, gewichtet die FDP-Fraktion sehr hoch. In diesem Fall überwiegen für die FDP-Fraktion entsprechend die Nein-Argumente, wir werden beide Postulate heute nicht unterstützen. Vielen Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Fast jedes fünfte Kind auf der Welt wächst in Krisen- und Konfliktgebieten auf. Das ist die Bilanz für das Jahr 2025 des Kinderhilfswerks UNICEF. Krieg, Hunger und fehlende Grundversorgung gefährden das Leben von Millionen Buben und Mädchen. Das Kinderhilfswerk UNICEF zieht für das Jahr 2025 eine düstere Bilanz, ich zitiere: «Nie zuvor wuchsen so viele Kinder in Krisen- und Konfliktgebieten auf wie heute. Es sind fast doppelt so viele Kinder wie Mitte der 90er-Jahre.» Millionen Mädchen und Buben litten demnach 2025 unter Hunger, Gewalt, Kriegen, Krankheiten und einer zusammengebrochenen Grundversorgung. Und die globale Unterfinanzierung humanitärer Hilfe verschärft die Situation zusätzlich. Ja, Sie haben richtig gehört, Unterfinanzierung, liebe SVP und FDP, und ihr redet von «Bundesauftrag», obwohl ihr euch dort vehement für Kürzungen, gegen die humanitäre Hilfe einsetzt. Meine lieben Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis für die bürgerlichen Parteien. Selbstverständlich unterstützen wir dieses dringliche Postulat. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und nimmt dieses Postulat entgegen.

Das dringliche Postulat «Soforthilfe zur Behandlung von verletzten Kindern in Gaza» hat der Regierungsrat hingegen abgelehnt. Darum erinnere ich an dieser Stelle nochmals an die Kinder in Gaza. Der Handlungsbedarf ist riesig, und darum ist es uns ein grosses Anliegen, dass die Kinder aus Gaza mitberücksichtigt werden. Der Zürcher Regierungsrat hat dem Bund eine Absage erteilt. Er will keine verletzten Kinder und ihre Begleitpersonen aus dem Gazastreifen aufnehmen. Das Vorgehen des Bundes kritisierte er unter anderem als willkürliche Geste, und vor Ort könne einem deutlich grösseren Personenkreis geholfen werden. Also helfen wir vor Ort! Trotz der seit Oktober geltenden Waffenruhe ist die humanitäre Lage im Gazastreifen weiter katastrophal. Nach jüngsten Angaben des UN-Nothilfebüros sind mehr als 80 Prozent der Gebäude im Küstenstreifen zerstört oder beschädigt. Viele Menschen leben in Zeltlagern und sind dabei winterlichen Wettern ausgesetzt. Es fehlt an Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Rund 15'000 Personen, darunter 4000 Kinder, müssen der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge zur medizinischen Versorgung aus dem Kriegsgebiet gebracht werden. Und UNICEF berichtet, dass die Kinder traumatisiert und erschöpft sind. Langsam komme wieder mehr Hilfe an, doch die humanitäre Lage sei katastrophal. Durch den Krieg sei die Grundversorgung zusammengebrochen. Es gebe nicht genügend Lebensmittel, und Krankenhäuser seien zerstört. Viele der verletzten Kinder seien in Nachbarländer gebracht worden, wo sie auf medizinische Hilfe warten. Andere Kinder seien so schwer verletzt, dass sie nicht in weitere Länder zur medizinischen Behandlung transportiert werden können.

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Die Soforthilfe könnte in Absprache mit dem Bund geleistet werden oder direkt an ein Hilfswerk, wie beispielsweise UNICEF, fliessen. Mit dem Blick auf die humanitäre, äusserst prekäre Situation in Gaza sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich der wirtschaftsstarke

Kanton Zürich an den Hilfeleistungen mit 1 Million Franken in Gaza beteiligt. Bitte unterstützen Sie die beiden dringlichen Postulate.

Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur): Die regelbasierte internationale Ordnung scheint gerade vor unseren Augen aus den Fugen zu geraten. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gab es noch nie so viele kriegerische Auseinandersetzungen wie heute. Gleichzeitig steht das humanitäre System weltweit enorm unter Druck. Der Bedarf an humanitärer Hilfe übersteigt die bereitgestellten Mittel bei weitem. Allein die US-Kürzungen werden Schätzungen zufolge in den nächsten Jahren zu mehreren Millionen von zusätzlichen Todesfällen führen, viele davon werden Kinder sein. In Zeiten, in denen die Einhaltung von völkerrechtlichen Abmachungen nicht mehr für alle verpflichtend zu sein scheint und zunehmend das Recht des Stärkeren gilt, sollten wir uns als bevölkerungsreichster Kanton eines kleinen, neutralen Landes bewusst sein, welches unsere Rolle in der Welt ist. Die Schweiz hat Neutralität nie als Rückzug verstanden, sondern als eine andere Form von Verantwortung und Engagement. Wir beteiligen uns nicht militärisch, dafür umso mehr humanitär und diplomatisch. Die guten Dienste und die humanitäre Hilfe sind die beiden wichtigsten Instrumente unserer Neutralität. Sie haben der Schweiz seit über 150 Jahren international viel Anerkennung eingebracht. Die humanitäre Schweiz geniesst international eine hohe Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Unparteilichkeit und Neutralität sind dabei das Fundament der humanitären Arbeit. Das IKRK (*Internationales Komitee vom Roten Kreuz*) ist das wichtigste Aushängeschild der humanitären Schweiz. Doch auch das IKRK steht finanziell unter grossem Druck und ist aufgrund von Budgetkürzungen von 17 Prozent im aktuellen Jahr gezwungen, Personal zu entlassen und Projekte zu streichen.

Gerade jetzt, wo mächtige Staaten Gelder in Milliardenhöhe für die humanitäre Hilfe streichen, sollten wir unser humanitäres Engagement deutlich erhöhen. Wir haben vertrauenswürdige, erfahrene und international tätige Hilfsorganisationen mit Sitz in der Schweiz, wie eben beispielsweise das IKRK, welche die Gelder aus Zürich zielgerichtet für kriegsbetroffene Kinder in den fünf grössten humanitären Krisenregionen der Welt einsetzen werden, so wie es das Postulat vorschlägt. In Zeiten zunehmender Polarisierung scheint mir etwas besonders wichtig: Humanitäre Hilfe muss neutral, unparteiisch und unabhängig sein. Humanitäre Hilfe darf nicht politisch instrumentalisiert werden, weder von links noch von rechts. Manuel Bessler, langjähriger Delegierter des Bundesrates für humanitäre Hilfe der Schweiz und Chef des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe, sagte dazu in einem Interview mit Radio SRF: «Henri Dunant (*Schweizer Humanist und Gründer des Roten Kreuzes*) hat in Solferino (*Schlacht von Solferino 1859*) allen geholfen, den Italienern wie den Franzosen. Und er hat nicht gefragt, wer zu welcher Partei gehört, sondern er hat geschaut, wer Hilfe braucht.» Auch für die Vergabe von Hilfsgeldern durch den Kanton Zürich sollte die Maxime der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit gelten. Dazu möchte das Postulat beitragen. Es darf keine Rolle spielen, ob ein Kind, das auf medizinische Hilfe

angewiesen ist, zur einen oder zur anderen Kriegspartei gehört. Wenn es in Not ist, sollte es Hilfe erhalten.

Die Mitte überweist das dringliche Postulat für eine Aufstockung der humanitären Hilfe für Kinder, 358/2025, da die Unterstützung breit und nachhaltig erfolgen soll, nicht einmalig, sondern langfristig, nicht punktuell, sondern in den fünf grössten humanitären Krisengebieten der Welt; dazu zählt auch Gaza. Die Mitte erachtet deshalb den Weg, den das Postulat von Christa Stünzi einschlägt, als zielführender als den Vorschlag der SP. Deshalb überweist die Mitte das Postulat 357/2025 nicht, da das Postulat 358/2025 humanitäre Hilfe für Kinder aus Gaza mit einschliesst. Zudem, denke ich, hat der Regierungsrat gehört, dass es dringend ist. Es ist in Gaza dringend, es ist im Sudan dringend, es ist überall dringend. Die Kinder brauchen diese Hilfe. Und deshalb, denke ich, wurden wir gehört und das Postulat würde auch rasch umgesetzt werden.

Zu Marc Bochsler möchte ich noch sagen: Der Gemeinnützige Fonds des Kantons Zürich unterstützt seit Jahren Projekte im Ausland. Es ist also nicht einfach nicht unsere Sache. Wir machen das schon lange, wir machen es regelmässig. Und umso mehr ist es jetzt angezeigt, dieses humanitäre Engagement noch zu erhöhen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wenn wir heute über Zahlen sprechen, über 5 Millionen Franken, dann reden wir in Wahrheit nicht über eine Budgetzeile oder über einen Betrag und auch nicht über Zuständigkeiten, lieber Claudio Zihlmann, wir sprechen über Kinder; über Kinder, die nicht wissen, ob es morgen genug zu essen gibt, über Kinder, die nicht in die Schule gehen können, weil Bomben näher sind als das Schulzimmer, und über Kinder, deren Alltag aus Angst statt Hoffnung besteht. Genau hier setzt das Postulat 258/2025 an, und ich spreche zu diesem Postulat.

Nelson Mandela (*südafrikanischer Präsident*) hat es einmal auf den Punkt gebracht: «Es gibt keinen besseren Weg, die Seele einer Gesellschaft zu erkennen, als zu sehen, wie sie mit ihren Kindern umgeht.» Diese Frage richtet sich nun auch an uns, welche Antwort geben wir heute als Kanton Zürich? Die weltweite humanitäre Lage hat sich in den letzten Jahren massiv verschärft. Kriege, Konflikte, Armut, Naturkatastrophen überforderten vielerorts das ohnehin chronisch unterfinanzierte Hilfesystem, und besonders betroffen und am meisten leidtragend sind Kinder. Humanitäre Organisationen weisen seit Jahren darauf hin, dass ihre Bedürfnisse zu wenig priorisiert werden, obwohl gerade Investitionen in Kinder langfristig stabile gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen ermöglichen. Wer Kindern hilft, baut Zukunft. Oder John F. Kennedy (*US-amerikanischer Präsident*) hat es einmal so formuliert: «Kinder sind die lebendigen Botschaften, die wir in eine Zeit senden, die wir selbst nicht mehr erleben werden.» Wenn diese Botschaft von Hunger, Gewalt und Perspektivlosigkeit geprägt ist, dann tragen auch wir hier eine Mitverantwortung. Wenn sie von Bildung, Schutz und Hoffnung geprägt ist, dann haben wir richtig gehandelt.

Der Kanton Zürich ist ein wirtschaftsstarker Kanton. Wir profitieren von Stabilität, Bildung, funktionierenden Institutionen und internationaler Vernetzung. Doch

gerade weil es uns so gut geht, wächst daraus auch eine Verantwortung. Unser Postulat schlägt vor, jährlich zusätzlich 5 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für gezielt humanitäre Hilfe zugunsten von Kindern bereitzustellen, fokussiert auf die fünf grössten humanitären Krisen. Das ist keine Symbolpolitik, sondern eine strukturierte, transparente und wirkungsorientierte Massnahme. Diese Mittel fliessen konkret in Ernährung, medizinische Nothilfe, Bildung, psychosoziale Betreuung, Schutz von Kindern in Krisen- und Konfliktgebieten. Und hinter jedem Franken steckt ein echtes Leben, ein echtes Schicksal, eine echte Chance auf Zukunft.

Humanitäre Hilfe wirkt immer doppelt: Kurzfristig lindert sie die aktuelle Not und rettet Leben. Langfristig stabilisiert sie eine Gesellschaft, verhindert neue Konflikte und schafft Perspektiven. Das ist nicht nur Mitmenschlichkeit, das ist auch weitsichtige Politik. Es ist uns allen klar, wir können nicht die Krisen dieser Welt allein lösen, auch nicht mit 5 Millionen, aber wir können entscheiden, ob wir einfach wegschauen oder ob wir Verantwortung übernehmen. 5 Millionen Franken sind im Budget des Kantons Zürich eine Stelle hinter dem Komma, im Leben eines Kindes können sie ein Wendepunkt sein. Die EVP wird deshalb dieses Postulat unterstützen.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Die Alternative Liste unterstützt selbstverständlich beide Postulate. Mehr Geld für humanitäre Hilfe für Kinder ist richtig, nötig und längst überfällig, sowohl jetzt sofort für die Kinder in Gaza als auch mittelfristig dort und in anderen Krisenregionen. In einer Welt, in der Kriege eskalieren, der Klimawandel ganze Regionen verwüstet und Hunger wieder Alltag ist, muss ein reicher Kanton wie Zürich Verantwortung übernehmen. Wir erachten das Postulat von Kantonsrätin Christa Stünzi als wichtig, aber als unvollständig, denn es hat die Zeitlichkeiten nicht im Blick. In vielen der betroffenen Regionen gibt es jetzt keine funktionierende zivile Infrastruktur mehr. Spitäler sind zerstört, zerbombt oder schlicht nicht mehr zugänglich. Ärztinnen und Ärzte fehlen, Medikamente fehlen, Strom fehlt. Für Kinder heisst das: Wer heute schwer verletzt ist, stirbt morgen. Wer heute krank ist, hat keine zweite Chance. Diese Kinder können nicht warten, nicht auf den Wiederaufbau und auch nicht auf bessere politische Mehrheiten. Und zusätzlich zum Krieg kommen Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöte, Mehrfachkrisen, die sich gegenseitig verstärken. Und wieder trifft es zuerst die Kinder. Besonders drastisch zeigt sich das aktuell in Gaza. Seit Beginn des Krieges wurden dort rund 64'000 Kinder getötet oder schwer verletzt. Das sind keine Zahlen für eine Statistik, das sind Kinder mit Namen, mit Familien, mit Leben, die man vielleicht hätte retten können, wenn man es gewollt hätte. Wie wichtig auch für uns Solidarität ist, wenn es um verletzte Kinder oder Jugendliche geht, hat die Schweiz Anfang Jahr (*anlässlich der Brandkatastrophe von Crans Montana*) selbst eindrücklich erlebt.

Und genau hier müssen wir ehrlich sein, humanitäre Hilfe vor Ort ist zentral, aber sie reicht nicht aus. Wenn es vor Ort keine funktionierenden oder nicht genügend Spitäler gibt, dann ist es zynisch, so zu tun, als sei mit einer Überweisung von 1 oder 5 Millionen Franken alles getan. Dann braucht es einen zweiten Schritt. Dann

braucht es die Bereitschaft, Kinder auch auszufliegen und dort zu behandeln, wo es möglich ist, auch hier, auch in Zürich. Das ist keine Symbolpolitik, es wäre die logische Konsequenz aus dem Recht auf Leben und Gesundheit. Humanitäre Hilfe darf kein Feigenblatt sein. Sie darf nicht dazu dienen, weitergehende Forderungen leise beiseitezuschieben. Es geht hier nicht um ein Entweder-oder, auch wenn hier viele so sprechen, es geht um ein Sowohl-als-auch. Ja, wir brauchen mehr Geld für Projekte vor Ort, sowohl jetzt ganz spezifisch für die Kinder in Gaza als auch mittelfristig. Und ja, wir brauchen auch die konkrete Bereitschaft, Kinder aufzunehmen und medizinisch zu versorgen, wenn sie sonst keine Chance haben, so wie unsere Kinder und Jugendliche Anfang Jahr in anderen Ländern aufgenommen wurden. Alles andere ist bequem, aber nicht humanitär. Wer sich auf die humanitäre Tradition dieses Kantons beruft, muss sie auch leben, und zwar auch dann, wenn es unbequem wird, wenn Solidarität mehr bedeutet als einen Budgetposten, wenn es konkret wird.

Wir von der Alternativen Liste stimmen diesen beiden Postulaten also zu, aber wir sagen genau so klar: Das reicht nicht. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es ist zu einfach, zu sagen, Menschen, die sich für Kinder in Gaza einsetzen, würden einfach den Medien aufsitzen, wie es vorhin vonseiten der GLP gesagt wurde. Wenn ein Konflikt bereits drei Jahre lang in den Medien ist, dann ist es wohl unübersehbar, dass Hilfe angebracht ist. Ebenfalls ist der Vorstoss für die Hilfeleistungen in Gaza überhaupt nicht übers Knie gebrochen. Auch da möchte ich sagen: Bitte mässigen Sie Ihre Worte, wenn es um humanitäre Hilfe geht, die aufrichtig gemeint ist und überhaupt keiner politischen Instrumentalisierung dient. Ich bin darum sehr froh über das Votum von Claudia Bodmer, die auch klar benannt hat, dass der Konflikt in Gaza gegenwärtig zu den fünf schwersten Konflikten gehört, wo wir Hilfestellung leisten müssen. Sonst hätte ich diese Frage an Christa Stünzi gestellt, ob denn dieser Konflikt dazugehört, zu diesen fünf wichtigsten, denn man kann sich immer hinter einer Formel verstecken, um etwas zu umgehen. Umso erfreuter bin ich, dass Claudia Bodmer klar gesagt hat, ich zitiere, «dazu zählt auch Gaza». Ich danke Ihnen.

Humanitäre Hilfe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, heisst Verantwortung übernehmen. Es heisst Verantwortung übernehmen in dem Moment, in dem die Hilfe gebraucht wird. Humanitäres Handeln bedeutet nicht, Verantwortung hin- und herschieben, so wie Sie es uns heute gerade vorgeführt haben. Und die SVP möchte ich fragen: Möchten Sie denn, dass die Kinder, die Opfer des Gaza-Krieges sind, durch eine islamistische Organisation unterstützt werden, dass sie Hilfeleistungen unter Umständen wieder von der Hamas oder Hilfeleistungen von der Hisbollah bekommen, wenn sie im Libanon oder in Syrien sind? Ich glaube nicht, dass Sie das wollen. Es würde auch Ihnen gut anstehen, und zwar im Sinne einer langfristigen Perspektive gegen den Islamismus, den radikalen Islamismus, wenn wir von westlicher Seite hier Gelder schicken würden, damit diese jungen Menschen nicht wieder von einer radikalen Organisation betreut werden, sondern von einer internationalen humanitären Organisation. Ich glaube,

das führt zu einer ganz anderen Orientierung, wenn man weiss, wer einem am Ende Hilfestellung leistet. Ich danke Ihnen.

Alan David Sangines (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe jetzt der Debatte gut zugehört und habe vor allem Fragen in Richtung Mitte, GLP und EVP. Vielleicht, um es vorwegzunehmen: Die FDP und die SVP haben gesagt, dass Entwicklungshilfe Bundesaufgabe sei. Ihr überseht dabei einfach, dass wir den Gemeinnützigen Fonds im Kanton Zürich haben und eine Verordnung dazu. In der Verordnung steht ganz klar, dass Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in Staaten ausserhalb der Europäischen Union finanziert werden können und dass dafür ein Gütesiegel der Stiftung ZEWO (*Zertifizierungsstelle*) notwendig ist und eine Beitragsgewährung im Vorjahr aus den Mitteln des DEZA. Daher haben wir die gesetzliche Grundlage, wir machen das seit Jahren im Kanton Zürich, ihr könnt euch nicht hinter der Bundeszuständigkeit verstecken.

Was ich aber jetzt wirklich nicht nachvollziehen kann: Die EVP hat sich gar nicht geäussert, warum sie unseren Vorstoss nicht unterstützt, und ich bin der Ansicht, dass wir eigentlich nicht so weit auseinander wären. Christa Stünzi hat gesagt, es müsse eine Auslegeordnung vorgenommen werden. Gleichzeitig hat Frau Stünzi bei der Begründung der Dringlichkeit gesagt, ich zitiere: «Jeder Monat, den es länger dauert, bis dieses Geld zum ersten Mal gesprochen werden kann, ist einer zu viel.» Und da sind wir heute. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Geld zu sprechen. Und diese Monate, von denen Sie sagen, dass man sie nicht abwarten könne, die kann man sich sparen, zumindest für einen grossen Teil von Kindern.

Dann bin ich auch sehr froh zu hören, dass Claudia Bodmer gesagt hat, zu den fünf grössten Krisen gehöre Gaza. Aber gerade deshalb verstehe ich nicht, warum ihr jetzt eine Gesamtbeurteilung vornehmen wollt. Ihr wisst und wir alle wissen: Zu den fünf grössten Krisenregionen gehört Gaza. Claudia Bodmer hat vorhin gesagt, in Gaza sei es dringend, im Sudan sei es dringend. Der Regierungsrat hat im Dezember eine halbe Million für den Sudan einfach so gesprochen, wofür wir sehr dankbar sind, wirklich. Aber genau um das geht es: Wir wissen, wo die grössten Krisenregionen sind. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme zu unserem Postulat, man müsse zuerst eine Gesamtbeurteilung vornehmen. Die Beurteilung ist vorgenommen. Die Kriterien, wie man die Gelder verteilt, nämlich an vertrauenswürdige Organisationen mit dem ZEWO-Gütesiegel, die mit der DEZA zusammenarbeiten, sind klar. Wir haben alle Fakten, die wir brauchen, und wir könnten jetzt beides tun. Und ich verstehe nicht, warum man die beiden Postulate auseinanderdividieren will. Ich verstehe nicht, warum ihr noch lange warten wollt, wenn für euch schon klar ist, dass Gaza zu den fünf grössten Krisenherden zählt. Auch die Mitte: Als es um die Dringlichkeit ging, habt ihr auch gesagt, die Dringlichkeit ergebe sich aus der einfachen Tatsache, dass die Hilfe jetzt gebraucht wird, nicht in einem Jahr, nicht nach sieben langen Abklärungen, sondern in dem Moment, wo Hunger, fehlende medizinische Versorgung und Gewalt tägliche Realität sind. Und das haben wir jetzt und wir könnten jetzt etwas tun. Ich bitte euch wirklich, geht noch einmal in euch und unterstützt beides, wie wir auch beides tun. Denn es geht jetzt wirklich darum, dass wir wissen, dass es, auch wenn

die regierungsrätliche Vorlage wahrscheinlich bald kommen könnte, mindestens Monate, wahrscheinlich sogar eher Jahre dauern wird, weil es noch in den Kantonsrat muss. Wir wissen, wie die Geschäftslast ist. Und deshalb, wenn es euch wirklich ernst ist «mit jedem Tag, den es länger dauert, jedem Monat, den es länger dauert», dann habt ihr jetzt die Möglichkeit etwas zu tun, so wie der Regierungsrat es kürzlich schon mit dem Sudan getan hat, verdankenswerterweise. Und auch hier noch abschliessend an die EVP: Wir haben vorher gehört «Hinter jedem Franken steht ein Leben, eine Zukunft» – das ist auch bei diesem Vorstoss so. Deshalb bitten wir euch wirklich, unterstützt beide Vorstösse.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Mir ist es wichtig, kurz darzulegen, warum ich beide Postulate unterstützen werde: Ich denke, es ist wichtig, dass wir als Vertreter eines Kantons, der wirklich reich ist, Kindern in Not helfen. Das ist die oberste Maxime, und ich denke, wir haben hier eine humanitäre Verantwortung, auch als Kanton Zürich. Es ist mir auch wichtig, hier zu sagen: Die Mittel sollen vor Ort eingesetzt werden, das ist sowohl im Postulat von Herrn Sangines wie auch demjenigen von Frau Stünzi so formuliert. Und ich denke, dass wir hier mit einem Franken viel mehr bewirken können. Es ist mir einfach wichtig, dass das jetzt wirklich schnell passiert, dass wir uns bewusst sind: Es sind viele Menschen, die auf Geld warten, die auf Hilfe warten. Das ist die Motivation für mich, auch als bürgerlicher Kantonsrat hier zweimal Ja zu stimmen. Danke vielmals.

Regierungsrat Ernst Stocker: Die Haltung der Regierung ist Ihnen bekannt, wir haben schriftlich Stellung genommen. Wir sind bereit, das Postulat 358/2025 entgegenzunehmen, um eine Gesamtbeurteilung vorzunehmen, wie die Mittel aus dem Gemeinnützigen Fonds schwerpunktmässig in die Richtung von Kinderhilfe gelenkt werden können. Das werden wir Ihnen vorschlagen. Das Postulat 357/2025 lehnen wir ab, das ist Ihnen auch bekannt. Und ich muss Ihnen sagen: Wenn ich Ihnen jetzt am Montagmorgen zuhöre, wie Sie die ganze Welt retten wollen – Entschuldigung für den Ausdruck – in der warmen Ratsstube des Kantonsrates, dann bin ich doch etwas skeptisch, was hier alles erzählt wird. Wir können das einfach nicht. Wir können das einfach nicht, ob wir wollen oder nicht. Und wenn man jetzt dem Regierungsrat dankt für den Sudan: Ja, wir haben das gemacht, denn der Sudan ging oder geht im Gegensatz zu Gaza fast vergessen, darum haben wir das Geld geschickt. Und der Bund hat ja, soweit ich informiert bin, 60 Millionen Franken für Gaza gesprochen. Und das sind auch wir, die das gesprochen haben, wir gehören auch zur Schweiz. Glauben Sie denn, die Bundesmittel kommen von irgendwoher? Die kommen auch von uns, und deshalb sind wir der Meinung, dass man mit diesem Vorgehen eine Lösung hat, die transparent ist und die wir mit Ihnen zusammen erarbeiten wollen.

Und glauben Sie mir, mich beschäftigt das auch, was auf dieser Welt passiert. Als aktiver Grossvater denke ich oft, was meine Enkel denken würden, wenn sie das sähen, was da Kinder teilweise erleben, erleben müssen. Das beschäftigt mich, ich gebe das offen zu. Das ist nicht mein Auftrag von der Regierung, das heute zu sagen, aber das beschäftigt mich. Aber ich weiss keine Lösung. Ich weiss keine

Lösung, und darum sind wir bereit, das Postulat als eine Gesamtbetrachtung entgegenzunehmen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Besten Dank.

Abstimmung über das dringliche Postulat KR-Nr. 358/2025

Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 358/2025 zu überweisen.

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Abstimmung über das dringliche Postulat KR-Nr. 357/2025

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 357/2025 nicht zu überweisen.

Die Geschäfte 6 und 7 sind erledigt.